

# U-14

<b>Titel</b>	Erneuerbare Energien wirklich zukunftsfähig machen	
<b>AntragstellerInnen</b>	Ostalb gemeinsam mit Heilbronn, Main-Tauber, Heidenheim, Schwäbisch Hall-Hohenlohe	
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress, SPD-Gemeinderatsfraktion Heilbronn	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

---

## Erneuerbare Energien wirklich zukunftsfähig machen

- 1 In den kommenden Jahren wird die Weltgemeinschaft, allen voran die Industrienationen, sich vor energiepo-  
2 litische Herausforderungen gestellt sehen. Die Ursache hierfür liegt in der energiepolitischen Vergangenheit  
3 der Industrienationen, in welcher eine nicht nachhaltige Nutzung von fossilen Energien, und insbesondere der  
4 Atomkraft, energiepolitische Praxis waren. Investitionen in erneuerbare Energien wurden unterlassen, der bil-  
5 lige Atomstrom präferiert. Aufgrund der steigenden politischen Relevanz nationalpopulistischer Strömungen  
6 in Europa und der Welt rückt eine nachhaltige Energiepolitik zudem immer stärker in den Hintergrund. Des-  
7 halb müssen wir umso mehr um die Etablierung einer vernünftigen und progressiven Energiepolitik kämpfen.  
8 Fossile Energieträger müssen und werden der Vergangenheit angehören. Nun gilt es, ein Zeichen gegen die  
9 systematische Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen zu setzen:
- 10 Wir Jusos müssen uns gegen die Energiepolitik der Ewiggestrigen stellen!
- 11 Es muss ein vernünftiger Wechsel von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien vollführt werden. Ener-  
12 giepolitik darf nicht als populistisches Instrument mit der Keule steigender Energiepreise für breite Schichten  
13 der Gesellschaft missbraucht werden. Der bevorstehende Atomausstieg stellt uns selbstverständlich vor neue  
14 Probleme. Darunter fällt die Lagerung atomarer Materialien, den Abbau der Atomanlagen und den Umwelt-  
15 schutz. Aber die Atomenergie kann und darf keine Alternative zu einer konsequenten Wende in der Energiepo-  
16 litik, hin zu regenerativen Energieträgern, sein. Um steigenden Energiepreisen und einer enormen Belastung  
17 der Konsumenten und Industriebetriebe Einhalt zu gebieten, ist eine faire und konsumentenfreundliche, pari-  
18 tätische Finanzierung unabdingbar.
- 19 Weiterhin ist für eine fortschrittliche und umweltverträgliche Energiepolitik neben dem Ausstieg aus der  
20 Atomkraft auch ein gut koordinierter Rückbau der Kohlekraftwerke und damit eine Reduzierung des  
21 Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes unvermeidlich.
- 22 Neben dem Verzicht auf atomare und fossile Energiequellen ist es unbedingt notwendig, die Etablierung er-  
23 neuerbaren Energien sowohl finanziell, als auch strukturell zu fördern. Im Rahmen dieser Förderung gilt es,  
24 sowohl die reale Umsetzung von nachhaltigen Energieprojekten, als auch die weitere Forschungsentwicklung  
25 auf diesem Gebiet zu unterstützen. Beispielsweise gibt es bis heute keine effiziente Speichertechnologie für  
26 elektrische Energie, und viele erneuerbare Energien, wie beispielsweise die Geothermie, stecken noch in ihren  
27 entwicklungstechnischen Kinderschuhen.
- 28 **Deshalb fordern wir den kompletten Ausstieg aus atomarer und fossiler Energieerzeugung!**
- 29
- 30 **Atomausstieg**
- 31 Wir fordern den vollständigen Atomausstieg bis zum 31.12.2022, dies schließt auch weitere Laufzeitverlänge-  
32 rungen bestehender Atomkraftwerke aus. Eine weitere politische Diskussion über Atomenergie, welche spä-

33 testens in zeitlicher Nähe zur finalen Abschaltung der Kraftwerke zu erwarten ist, gilt es, gesamtgesellschaftlich  
34 Haltung zu zeigen-

35 Um einen gelungenen Atomausstieg zu gewährleisten fordern wir die Findung eines Atomendlagers bis 2025  
36 auf dem der Bundesrepublik, sowie dessen Inbetriebnahme bis spätestens 2050. Hierbei ist es essentiell, dass  
37 die Endlagersuche ergebnisoffen auf dem gesamten Bundesgebiet erfolgen muss. Zudem sind realistische  
38 Erwartungen an ein potentielles Endlager zu stellen, beispielsweise lehnen wir die Anforderung einer sicheren  
39 Lagerung für eine Million Jahre ab, da solche Voraussagen in die Zukunft schlichtweg unmöglich sind. Wir  
40 plädieren für eine nachhaltige Suche eines sicheren Endlagers. Dennoch muss der Suchprozess deutlich beschleunigt  
41 werden, weshalb wir eine zeitlich offensivere Zielsetzung als sinnvoll erachten. Zudem erachten wir  
42 auch eine Unterstützung, die sich nicht nur auf Sicherheitsfragen beschränkt, der durch das Endlager unmittelbar  
43 betroffenen Region als sinnvoll und der Endlagersuche zuträglich. Umfangreiche Aufklärung ist ebenso  
44 existenziell relevant wie eine offene Kommunikation mit der Bevölkerung.

45 Weiter halten wir es für wünschenswert, mit den betroffenen Energiegroßkonzernen, welche Atomkraftwerke  
46 betreiben, eine rechtssichere Vertragslage zu schaffen. Der aktuell gültige „Atomdeal“ ist daher begrüßenswert,  
47 dennoch ist eine weitere Justierung erforderlich, die eine Erhöhung der Konzernbeteiligung auf mindestens  
48 30 Milliarden Euro, zuzüglich eines Risikoaufschlags, beinhaltet.

49 Der Rückbau und die Stilllegung von Kraftwerken, sowie die Zwischenlagerung des entstandenen, radioaktiven  
50 Abfalls in sicheren Behältnissen muss von den Energieversorgern getragen und finanziert, sowie durch  
51 staatliche Stellen unterstützt und kontrolliert werden.

52

### 53 **Ausstieg aus der Kohlekraft**

54

55 Um aber eine saubere und Nachhaltige Energieversorgung zu generieren, ist auch ein Ausstieg aus der Kohle-  
56 versorgung unausweichlich. Dieser Prozess bedarf eines hohen Zeitaufwandes und wird unter anderem  
57 deswegen vor Schwierigkeiten stehen, da gerade solche Bundesländer, die für die Braunkohle-Versorgung  
58 bekannt sind, einem Strukturwandel, verbunden mit wirtschaftlichen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit,  
59 ausgesetzt sein werden.

60 Um hier negative Auswirkungen zu vermeiden muss eine zeitnahe Reaktion auf dem Arbeitsmarkt stattfinden.  
61

62 Der Ausstieg aus der Kohlekraft darf dabei nicht abrupt stattfinden. Neben einer schrittweisen Schließung der  
63 Kohlekraftwerke ist es wichtig, den Effekt des Eintritts in den Ruhestand von vielen Arbeitnehmern in diesem  
64 Bereich zu nutzen, und Neueinstellungen zu reduzieren. Arbeiter müssen über Um-/ und Fortbildungsmaßnahmen  
65 informiert werden. Eine entsprechende Förderung der Umschulungen muss staatlich bereitgestellt  
66 werden. Ein Strukturwandel in der Energiepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welche weder allein  
67 vom Staat, noch allein von Konzernen getragen werden kann. Arbeiter, die aufgrund des Strukturwandels vor  
68 dem Nichts stehen, müssen die Solidarität der Gesellschaft erfahren. Einerseits in Bezug auf die kurzfristige  
69 Versorgung, andererseits in Bezug auf Umschulungsprogramme. Zudem möchten wir durch eine gesetzliche  
70 Regulierung herbeiführen, dass Ausbildungen in betroffenen Berufsbildern auslaufen und junge Menschen  
71 keinen zukunftsunfähigen Beruf erlernen.

72 Schon erschlossene Kohlefelder müssen vollständig abgebaut und neu bepflanzt werden, um weitere Boden-  
73 denerosionen zu vermeiden und eine Regeneration der natürlichen Umgebung zu gewährleisten und zu fördern.  
74

75 Eines muss klar sein:

76

77 **Die Energiegewinnung mit fossilen Rohstoffen wie Kohle hat keine Zukunft mehr und muss zeitnah,  
78 aber nachhaltig eingestellt werden.**

79

80 Wir fordern deshalb speziell für den Kohleausstieg:

81

82 • Eine langfristige Substituierung der Kohleenergie durch erneuerbare Energien

83 • Die Verringerung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub> Emissionen um 60% bis spätestens 2030

84 • Den vollständigen Ausstieg der Braun-/Steinkohlekraft bis spätestens 2050

85 • Arbeiterinnen und Arbeiter müssen auf den bevorstehenden Strukturwandel vorbereitet werden. Es  
86 müssen umfangreiche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Arbeiter der Bergbauindustrie  
87 eingerichtet werden. Diese sollen spätestens bis 10 Jahre vor dem vollständigen Ausstieg angeboten  
88 werden.

89 • Ausbildungen in diesem Bereich sollen bis 10 Jahre vor dem Ausstieg nicht mehr angeboten werden.

90 • Für Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb der Bergbauindustrie soll eine Altersversorgung eingerichtet  
91 werden, die sowohl betrieblich, als auch staatlich gefördert ist. Diese Altersversorgung muss abschlags-  
92 frei sein.

93

94 **Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energiegewinnungsmöglichkeiten und nachhaltigen Technolo-**  
95 **gien!**

96

97 Die forcierte Förderung nachhaltiger Projekte, sowohl auf finanzieller, als auch auf struktureller Ebene, ist  
98 dabei essentieller Bestandteil einer erfolgreichen Energiepolitik.99 Es müssen Strukturen geschaffen werden, die die Umsetzung nachhaltiger Innovationen unterstützen. Dabei  
100 ist es von besonderer Relevanz, auch die Bezahlbarkeit, von Innovationen und Technologien für den Endbe-  
101 nutzer zu gewährleisten.102 Umweltschutz darf nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht werden. Die Förderung nachhaltiger Lebensent-  
103 würfe und Technologien muss deshalb eine hohe Priorität haben. Um die Attraktivität nachhaltiger Technolo-  
104 gien zu stärken müssen von staatlicher Seite Anreize für Verbraucherinnen und Verbraucher geschaffen wer-  
105 den, die ein erhöhtes kognitives und emotionales Umweltbewusstsein im kollektiven Denken der Gesellschaft  
106 nachhaltig implementieren, und zudem zu einem umweltfreundlicheren Verhalten und einer nachhaltigeren  
107 Lebensgestaltung beitragen.108 Auch neue und bisher möglicherweise nur hintergründig genutzte Energiequellen müssen erforscht und sinn-  
109 voll erschlossen werden.

110 Hierzu fordern wir konkret:

111

112 • Bis 2040 müssen 25% des Primärenergieverbrauches und 40% der Elektrizität erneuerbar bereitstehen.

113 • Bis 2050 soll der Anteil erneuerbarer Energien in diesen Bereichen auf 40% des Primärenergieverbrau-  
114 ches und 80% der Elektrizität ansteigen.115 • Ein konsequenter Ausbau und die Diversifizierung erneuerbarer Energien, wie z.B. Windkraft, Wasser-  
116 kraft, Biomasse, PV-Anlagen oder Solarenergie ist durch staatliche Förderung voranzutreiben.117 • Staatliche Förderungsmittel für die Forschung an Speichertechnologien müssen bereitgestellt werden.  
118 Insbesondere bei einem langfristigen, vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien ist die Speiche-  
119 rung von Elektrizität und anderen Energieträgern unerlässlich, um die Versorgungssicherheit zu garan-  
120 tieren121 • Ebenso müssen staatliche Mittel für die weitere Forschung im Bereich erneuerbarer Energien, wie z.B.  
122 die Optimierung von Geothermie, Gezeitenkraftwerken und nicht-fossiler Treibstoffe bereitgestellt wer-  
123 den. Viele hochmoderne, produktive Verfahren zur Energiegewinnung sind noch in der Frühphase ihrer  
124 Entwicklung und bergen ein enormes Potential. Hier ist die Wissenschaft gefragt, durch staatliche För-  
125 dermittel ökonomisch sinnvolle Konzepte der Nutzung zu erarbeiten.

126

**127 Energieverbrauch senken**

128 Neben dem konsequenten Ausbau regenerativer Energien darf auch das Ziel, den Energieverbrauch langfristig  
129 möglichst effektiv zu senken, nicht aus den Augen verloren werden.

130 Gerade vor dem Hintergrund, dass die erneuerbaren Energien nach bisherigen Entwicklungen noch nicht die  
131 überwiegenden Anteile innerhalb des Strommixes darstellen wird, eine möglichst effiziente Nutzung dieser  
132 Energiequellen in den kommenden Jahren von besonderer Relevanz sein.

133 Da es sich aufgrund unserer Wachstumsgesellschaft sehr schwer gestalten wird, den Energiebedarf zu ver-  
134 ringern, muss ein besonderer Fokus auf die Entwicklung möglichst sparsamer Systeme gelegt werden, um  
135 wenigstens das kontinuierliche Wachstum des Energiebedarfs, sowohl in der Industrie, als auch in privaten  
136 Haushalten, konsequent eindämmen zu können.

137 Wir fordern daher:

138

139 • Die verpflichtende bundesweite Normierung von Gebäudedämmungen nach modernen Gesichtspunk-  
140 ten

141 • Die Nutzung umwelt- und gesundheitsneutraler Dämmungsmaterialien

142 • Die konsequente Entwicklung von Konzepten der Energieeffizienz in privaten Häusern, beispielsweise  
143 durch Smart Home

144 • Die Etablierung von Energiekonzepten für Städte, der sogenannten „Smart City“

145 • Die Förderung von alternativen Heiz- und Heimenergiekonzepten, wie z.B. Abwärme, Elektroheizungen  
146 und Holzwärme

147

**148 Infrastrukturausbau für erneuerbare Energien**

149 Es kann keinen nachhaltigen Wechsel auf erneuerbare Energien geben, ohne dass der Ausbau der Infrastruk-  
150 tur vorangetrieben wird. Dieser Ausbau muss sowohl im urbanen, als auch im ländlichen Raum gefördert  
151 werden.

152 Ebenso relevant ist die Förderung einer umweltfreundlichen Mobilitätsentwicklung. Diese muss für jeden be-  
153 zahlbar und zugänglich sein. Umweltpolitik darf nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden und zu einer Spal-  
154 tung von arm und reich führen. Insbesondere im Bereich der Elektromobilität gibt es hierbei einen unglaublich  
155 hohen Bedarf. Elektrofahrzeuge sind in der Anschaffung nach wie vor so teuer, dass staatliche Kaufprämien  
156 eine Mitnahmeprämie für die Oberschicht unserer Gesellschaft darstellen, während breite Schichten der Be-  
157 völkerung nach wie vor nicht über die Möglichkeit verfügen, subventionierte Elektrofahrzeuge anzuschaffen.  
158 Zudem besteht die Ladeproblematik insbesondere in ländlichen Räumen, sodass die Ladeinfrastruktur deut-  
159 lich verbessert werden muss. Eine flächendeckende, konsequente Versorgung ist unerlässlich, um die gesamt-  
160 gesellschaftliche Relevanz der Elektroenergie nachhaltig zu stärken. Neben der konsequenten Förderung von  
161 Elektromobilität vor dem Hintergrund deutlich erschwinglicherer Anschaffungspreise ist es ebenso wichtig,  
162 auch andere Formen der Mobilität, wie beispielsweise das Carsharing, den ÖPNV und Wasserstofffahrzeuge  
163 zu fördern. Insbesondere die Wasserstoffmobilität und das Carsharing scheinen attraktive Konzepte für die  
164 Zukunft zu verkörpern. Nachhaltige Mobilität muss sich lohnen, deshalb hat der Staat neben der Förderung  
165 der Forschung und Entwicklung dieser Bereiche auch höhere Kaufprämien und neue Steuermodelle für Kraft-  
166 fahrzeuge nachhaltige Fahrzeuge querzusubventionieren.

167 Die zukünftige Auslastung der Stromnetzwerke wird in Zukunft derart anspruchsvoll ausfallen, dass die bis-  
168 herigen Netzausbauten nicht mehr ausreichend sein werden, um die Bevölkerung verlässlich mit Strom zu  
169 versorgen. Durch eine steigende erneuerbare Energieversorgung, welche oftmals in wenigen, zentralisierten  
170 Gebieten besonders ertragreich ist, sehen wir uns mit einer zunehmenden Problematik des Energietransports  
171 konfrontiert. Ein konsequenter und umfangreicher Ausbau ist daher unvermeidbar und muss staatlich vor-  
172 angetrieben werden.

173 Auch die regionale Verschiebung der Stromversorgung, die mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien einher-  
174 geht, stellt eine strukturelle Herausforderung dar. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie wird die Versor-  
175 gung großer Ballungsräume mit ausreichender Energie vorerst nur schwer sicherzustellen sein. Regenerative  
176 Energiequellen im regionalen Umfeld reichen im schlimmsten Fall nicht aus, um diesen Ausfall kompensieren  
177 zu können.

178 Der strukturelle Ausbau der Stromnetzwerke zwischen dem windreichen Norden und dem, von Windenergie  
179 weniger stark versorgten Süden, essentiell für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. Bei der Finanzierung des  
180 Netzausbaus muss der Staat im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit den Bundesländern einen Großteil  
181 der Finanzierung übernehmen. Eine Privatisierung der nun noch relevanteren Netze lehnen wir ab.

182 Zusätzlich zu einem konsequenten Netzausbau ist auch die Nutzung dezentraler Chancen der Energieversor-  
183 gung existenziell relevant. Insbesondere in ländlichen Räumen, welche von der Versorgungsstruktur schlecht  
184 abgedeckt sind, gibt es oftmals Möglichkeiten, Energie dezentral zur Verfügung zu stellen. Diese gilt es drin-  
185 gend zu nutzen.

186

### 187 **Die Zukunft unserer Energiepolitik**

188 Neben vielen strukturellen Problemen gibt es auch enorme Chancen in der deutschen Energiepolitik. Fakt ist  
189 für uns Jusos: Die Bundesrepublik muss Vorreiterin unter den europäischen Staaten und Industrienationen  
190 werden! Es ist unser Anspruch, und auch unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, eine  
191 nachhaltige Energiepolitik zu implementieren. Nach dem schwarz-gelben Desaster einer weiteren Laufzeitver-  
192 längerung vor Atomkraftwerke sehen wir uns nun noch stärker mit der Atomproblematik konfrontiert. Es steht  
193 fest: Ein konsequentes Annehmen und Abarbeiten der Probleme ist dringend notwendig und unerlässlich!  
194 Aus diesem Grund wollen wir einen konsequenten, zeitnahen Atomausstieg ebenso wie den Ausstieg aus  
195 der Kohlekraft, verbunden mit Maßnahmen zur Lösung daraus resultierender wirtschaftlicher Probleme. Wir  
196 müssen die Quote des Primärenergieverbrauches und des Stromverbrauches, die erneuerbar bereitgestellt  
197 wird, schneller und deutlicher erhöhen. Neben dem Abbau fossiler Energien umfasst das die konsequente  
198 Förderung bestehender, und Forschung an aufkeimenden erneuerbaren Energien. Nicht nur die Bereitstel-  
199 lung von Elektrizität muss reformiert werden, auch unser Verhältnis zur Energie und deren Nutzung muss  
200 einem Wandel unterliegen. Das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft muss umweltfreundlicher werden.  
201 In allen Lebensbereichen. Dies bezieht sich auf eine nachhaltige Mobilität, beispielsweise durch Carsharing,  
202 Elektromobilität, ÖPNV oder auch Wasserstofffahrzeuge, aber ebenso auf energieeffiziente Häuser und  
203 Städte. Wir müssen umweltfreundlicher denken und leben. Die Kosten der Energiewende müssen von der  
204 gesamten Gesellschaft getragen werden. Eine Mehrbelastung der Verbraucherinnen und Verbraucher muss  
205 begrenzt sein und auch im Verhältnis zur Belastung anderer Entitäten, wie beispielsweise Unternehmen und  
206 Staat, stehen. Wenn wir als Gesellschaft und Politik diese Probleme anfassen, können wir eine progressive  
207 Energiepolitik implementieren und als Gesellschaft nachhaltig leben!

208

### 209 **Begründung**

210 Erfolgt mündlich.